

L1NEU8 Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der Politik.
5 Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle
9 wünschen würden. Die Expert*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18
19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem

39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

44 **Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale**

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen die Partei, die aus der Umwelt- und
46 Friedensbewegung der DDR und aus den Bürgerbewegungen der friedlichen Revolution
47 entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik im Zentrum, die
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat. Die Entscheidung nun in
49 eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns vor schwierige
50 Abwägungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der Ukraine mehrheitlich zu
51 dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von uns eine Zumutung dar.
52 Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als Blaupause verstehen, um eine
53 Abkehr von unserer bisherigen Friedenspolitik einzuleiten. Vielmehr wird gerade
54 jetzt klar, wie wichtig eine wertegeleitete, weitsichtige, nicht nur an Handels-
55 und Territorialinteressen orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen welch
56 wichtigen Anteil für Friedensprozesse der Pazifismus in seinen verschiedenen
57 Erscheinungsformen spielt. Deutlich wird auch, dass die Vernachlässigung von
58 kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse
59 keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir dazu der Ukraine all das zu
60 liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu verteidigen. Die Situation ist
61 im Gegensatz zu den meisten Konflikten klar und eindeutig: die militärische
62 Großmacht Russland überfällt, getrieben von einer imperialistischen
63 nationalistischen Ideologie völkerrechtswidrig einen kleineren Nachbarn mit dem
64 erklärten Ziel, dessen Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner,
65 demokratischer Staat nimmt lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein
66 Ausbleiben der Unterstützung würde global einen gefährlichen Präzedenzfall
67 schaffen, der völkerrechtliche Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als
68 Vorbild dienen kann, in ein anderes schwächeres Land einzumarschieren. Für die
69 Sicherheitslage in Europa wäre überdies ein russischer Sieg in diesem Krieg
70 fatal.

71

72 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer
73 Aufrüstungsspirale, kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen
74 kritisch gegenüber. Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr, die in der
75 Lage sein muss ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen,
76 in einem miserablen Zustand ist. Die Vergangenheit zeigt allerdings, dass
77 pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die Finanzierung der Bundeswehr ist in
78 den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Deutschland gibt bereits jetzt im
79 internationalen und europäischen Vergleich enorme Summen für Rüstung aus. Eine
80 deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der Ausstattung und der
81 Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher sichergestellt werden,
82 dass weder das Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in komplizierten
83 Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert. Daher müssen
84 zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert werden. Für
85 die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten mit den europäischen
86 Partnern gut abgestimmten Plan, um die notwendige Ausrüstung klug anzugehen.
87 Außerdem muss dringend mehr Geld in Katastrophenschutz und Cybersicherheit
88 geben. Sie sind bei der notwendigen Ausgestaltung der Landesverteidigung
89 essenziell.

90 **Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben**

91

92 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht
93 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,
94 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der
95 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

96

97 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft nicht allen
98 Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.

99 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom
100 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein
101 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten
102 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer
103 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung
104 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu
105 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche
106 Unterstützung.

107 Das Ziel muss sein, die Großzügigkeit im behördlichen Umgang mit den
108 Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle, dezentrale
109 Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und Integrationsangebote
110 von Anfang an für alle zu ermöglichen. Darum unterstützen wir im ersten Schritt
111 die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechtes, wie wir es im Ampel-
112 Koalitionsvertrag festgelegt haben.

113

114 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind
115 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde
116 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015
117 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend
118 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als
119 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei
120 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,
121 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften
122 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die
123 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die
124 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und
125 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches
126 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft
127 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit
128 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst
129 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem
130 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen
131 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für
132 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale
133 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig
134 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen.

135

136 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns
137 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die
138 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder
139 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die
140 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung

141 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der
142 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit
143 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene
144 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der
145 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der
146 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsförderungsgesetz wollen
147 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

148
149 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur Integration
150 schnell in die Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Das stellt die
151 Kommunen vor besondere Herausforderungen, die vielerorts schon volle Schulen und
152 Kindergärten haben. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der
153 Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in "Deutsch als
154 Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden.
155 Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz
156 ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen. Den
157 ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem die Gelegenheit gegeben werden,
158 ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht teilzunehmen.

159
160 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres
161 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser
162 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen
163 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium
164 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen
165 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen
166 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit
167 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

168 169 **Energiewende bedeutet Energiesicherheit**

170
171 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine
172 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
173 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
174 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
175 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
176 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine
177 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen
178 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur
179 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,
180 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,
181 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

182
183 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in
184 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die
185 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II
186 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen
187 Gefahr entschieden abgelehnt.

188 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie
189 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor
190 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,
191 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die

192 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und
193 KohleKonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die
194 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des
195 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

196 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
197 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
198 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
199 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
200 Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
201 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.
202 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
203 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

204 Der Bund legt jetzt den Hebel um, so dass wir auch in Thüringen bessere
205 Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren haben.

206
207 Das Osterpaket verankert den Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien
208 im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit
209 dient, und macht es für Bürgerenergiegemeinschaften einfacher und
210 unbürokratischer, Wind- und Solaranlagen zu bauen und profitabel zu
211 bewirtschaften (Akzeptanz). Außerdem weitet es die finanzielle Beteiligung von
212 Kommunen so aus, dass Windenergie- und Solaranlagen den Gemeindegassen
213 nachhaltige Erträge bringen.

214 Hemmnisse für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom werden abgebaut. Mieterstrom
215 wird begünstigt, die Einspeisevergütung wieder attraktiver und die Industrie bei
216 der Transformation hin zur Klimaneutralität massiv unterstützt.

217
218 Unternehmen wie die Glasindustrie in Südthüringen drängen zu Recht auf den
219 schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollen die Weichen besser heute
220 als morgen auf Klimaneutralität stellen. Allein bei der Südthüringer
221 Glasindustrie sind 7.000 Menschen beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze hängen davon
222 ab, ob es uns gelingt, die notwendige Transformation voranzubringen. Der Ausbau
223 der Erneuerbaren schafft Arbeitsplätze und bringt Wertschöpfung in die Regionen.
224 Erneuerbare Energien sind längst ein Standortvorteil. Genauso kommt es auf
225 Energieeffizienz und intelligente Energienutzung an. Beispielsweise könnte das
226 Stahlwerk Unterwellenborn künftig Abwärme für tausende Haushalte bereitstellen.

227
228 Weg vom Erdgas

229
230 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu
231 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon
232 derzeit immer noch 40 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der
233 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame
234 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen
235 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,
236 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von
237 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,
238 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis
239 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der
240 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue
241 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

242

243 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist,
244 dennoch aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell
245 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf
246 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.
247 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
248 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

249

250

251 *Weg vom Öl*

252

253 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die
254 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%
255 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.
256 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige
257 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der
258 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock
259 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein
260 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf
261 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand
262 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum
263 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket
264 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der
265 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege
266 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und
267 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für
268 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger
269 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten
270 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch
271 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der
272 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von
273 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial
274 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche
275 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im
276 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung
277 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen
278 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen
279 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende
280 Erweiterung des Landesförderprogramms Wärmelvest. All diese Maßnahmen müssen
281 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

282

283 *Hin zu Erneuerbaren Energien*

284

285 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen
286 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien
287 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

288

289 *- Windkraft -*

290

291 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die
292 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und
293 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
294 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse

295 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,
296 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen
297 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist
298 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

299 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige
300 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an
301 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.
302 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht
303 länger leisten.

304 Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie in allen
305 Regionalplänen analog zur neuen bundeslandsspezifischen Flächenzielsetzung in
306 Sommerpaket und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu
307 Windenergieanlagen.

308 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise zum Bau neuer Windenergieanlagen, zum
309 und Kommunen zur Unterstützung bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen und
310 Repowering von Windenergieanlagen an alten Standorten – zur Verantwortung für
311 die Daseinsvorsorge in Thüringen.

312
313 Wir Unterstützung besonders von Bürgerwindparks sowie solcher Projektierer, die
314 nach dem Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten, eine stärkere Einbindung
315 der Bürger*innen bei der Planung neuer Windkraftstandorte bringt mehr
316 Erkenntnisse, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

317 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei
318 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an
319 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir
320 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem
321 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der
322 Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die
323 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

324
325 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das
326 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch
327 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau
328 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und
329 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen
330 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist
331 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den
332 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

333
334 - Photovoltaik -

335
336 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
337 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln
338 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
339 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
340 vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächern zu
341 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
342 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Fantasie können so aus Gegenspieler*innen
343 Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie
344 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche

345 sollen vermehrt genutzt werden.

346

347 - Energiewende ist dezentral -

348

349 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit
350 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,
351 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle
352 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker
353 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu
354 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.

355

356 Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dringend notwendig
357 ist ein effizienteres Planungs- und Genehmigungsrecht, das den Bau von
358 Erneuerbare-Energien-Anlagen deutlich beschleunigt.

359

360 Bei schnelleren Genehmigungsverfahren muss konsequenterweise auch der notwendige
361 Ausbau der Netze (Übertragungs- und Verteilnetz) mit unterstützt werden.
362 Letztere stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Sie müssen
363 grundlegend um- und ausgebaut werden, damit EE-Anlagen auch ans Netz
364 angeschlossen werden können. Gerade für die östlichen Bundesländer ist außerdem
365 wichtig, an das Europäische Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden.

366

367 Um den Turbo zu zünden, brauchen wir spürbar bessere Rahmenbedingungen: vor
368 allem Flächen. Damit wir in den Ländern loslegen können, brauchen wir
369 schnellstmöglich die Novellierung des Baugesetzbuches, des
370 Bundesnaturschutzgesetzes.

371

372 Es braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die nur dann Planungsbeschleunigung
373 insb. für Windanlagen erfolgreich wird umsetzen können, wenn Verfahren zügig
374 digitalisiert, Personal im TMUEN aufgestockt und die Genehmigungspraxis von der
375 unteren Ebene auf die Ebene oberer Landesbehörden (z.B. TLUBN) hoch gezogen
376 wird.

377

378 Das Ziel, zwei Prozent der Fläche in Deutschland für Windräder zu nutzen, muss
379 gerecht unter den Bundesländern aufgeteilt werden. Mit bundesweiten Standards
380 würden für alle die gleichen Regeln gelten. Das stärkt die Akzeptanz und
381 beschleunigt den naturverträglichen Ausbau.

382

383 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat ein
384 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
385 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
386 Klimakrise vorher, u.a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
387 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
388 günstige und saubere Energieversorgung!

389

390 Deshalb müssen und wollen wir eine Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem
391 Handwerk und der Industrie, zusammen mit den Kommunen, Stadtwerken und
392 Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur schnelleren Umsetzung der
393 Energiewende entwickeln.